

Industrien erholen sich

Verschiedene Industrien, speziell die Fahrzeug-, Elektronik- und Elektrowarenbranche, verzeichnen nach einer langen Verlustperiode wieder einen Aufwärtstrend. Beamte des *Board of Investments* (BoI) haben bei Erhebungen festgestellt, dass sich die Situation von Firmen, die bezüglich ihrer Ex-

portleistungen besonders gefördert wurden, dank ausländischer Bestellungen verbessert hat. Eine Vielzahl an Fabriken habe bereits wieder mehr Mitarbeiter eingestellt und die Branchen ihre Produktionskapazitäten hochgefahren, so die BoI-Generalsekretärin Atcha-ka Brimble. Zusätzliche posi-

ve Akzente setze die *Subcon Thailand 2009* Messe: Aus dem Verkauf von Industrieteilen, speziell aus dem Fahrzeug- und Elektronikbereich, seien Einnahmen von 2.557 Milliarden Baht zu erwarten.

vgl.: TNA, 13.5.2009

Keine Einigung bei Grenzgesprächen

Die Gespräche um Truppenabzügen um den umstrittenen Preah Vihear Tempel im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kambodscha endeten ergebnislos. Vorausgegangen war ihnen der Tod von mindestens sieben Soldaten bei Zusammenstößen in den letzten Monaten. Thailands Verteidigungsminister Prawit Wogsuwan und sein kambodschanischer Amtskollege Tea Banh verkündeten nach einem Treffen im kambodschanischen Siem Reap Ende April 2009 das Scheitern der Verhandlungen. Somit bleiben bis zur endgültigen Entscheidung über die Zugehörigkeit des Gebiets dort auch weiterhin Truppen stationiert. Die Frage nach einem Truppenrückzug hänge von den Verhandlungen über die Festsetzung der Grenzen ab, auf die es bislang noch keine Einigung gegeben habe, so Prawit.

Für die letzten Auseinandersetzungen, bei denen am 3. April 2009 drei thailändische Soldaten getötet und ein Markt in Brand gesetzt wurden, fordert die kambodschanische Regierung nun 2,1 Millionen US-Dollar von Thailand, um 319 Anwohner für den Verlust ihrer Existenzgrundlage zu entschädigen. 1962 sprach der Internationale Gerichtshof die Kultstätte aus dem 11. Jahrhundert Kambodscha zu, die fünf Quadratkilometer Land, die sie umgeben, sind jedoch nicht offiziell demarkiert und werden daher von den Regierungen beider Länder beansprucht. Seit der Ernennung des Tempels zum Weltkulturerbe im Juli letzten Jahres haben an beiden Seiten der Grenze Truppen Stellung bezogen.

vgl.: Yahoo. News Singapur, 30.4.2009; 12.5.2009

Steuererhöhungen

Premierminister Abhisit Vejjajiva verkündete am 10. Mai 2009 Steuererhöhungen für alkoholische Getränke, Zigaretten und Benzin, da die diesjährigen Umsätze etwa 200 Milliarden Baht (fast 4,3 Milliarden Euro) geringer als ursprünglich eingeplant ausfallen würden. Benzinkonsumenten seien jedoch nicht direkt betroffen. Zudem versicherte er, dass die Regierung momentan keine Absicht habe, weitere Steuern anzuheben und von Seiten des Militärs keine Einwände gegen Budgetkürzungen bestünden. Die von Finanzminister Korn Chatikavanij vorgeschlagene

Änderung der Land- und Grundsteuer zur Reduktion sozialer Ungleichheit auf dem Land müsse vor der Veröffentlichung jedoch noch eingehend geprüft werden. Von dem Gesetz profitieren nach Ministeriumsangaben vor allem Kleinbauern. Zusätzlich unterstütze eine Mehrheit der Parlamentarier zusammen mit einigen Oppositionsmitgliedern die Idee, progressive Steuern auf unbenutztes Areal zu erheben. Dies würde die Erschließung und Entwicklung ungenutzten Geländes ankurbeln, so Korn.

vgl.: Bangkok Post, 10.5.2009

Ausnahmezustand aufgehoben

Knapp zwei Wochen nach Eskalation der Anti-Regierungsproteste hat Thailands Premierminister Abhisit Vejjajiva am 24. April 2009 den Ausnahmezustand offiziell wieder aufgehoben. Ausgerufen wurde der Notstand, als hunderte regierungskritische Demonstranten den Austragungsort des ASEAN-Gipfels im südthailändischen Pattaya stürmten und einen Abbruch des Treffens erzwangen. Die Demonstranten – Rothemden der UDD (*Vereinigte Front für Demokratie gegen Diktatur*) – sind Anhänger des 2006 durch Militärputsch gestürzten und flüchtigen Premierminister Thaksin Shinawatra, in dessen Tradition eine neugegründete Partei (PPP) wieder an die Macht kam. 2008 wurde diese Thaksin-freundliche Regierung nach monatelangen Protesten der königstreuen Gelbemden, organisiert in der PAD (*Volksallianz für Demokratie*), über eine Verurteilung wegen Wahlbetrugs gestürzt. Die Rothemden halten dieses Urteil für rein politisch motiviert und fordern einen Rücktritt der ihrer Ansicht nach illegalen Regierung des derzeitigen Premierministers Abhisit Vejjajiva.

Der für Mitte Juni angesetzte neue Termin des ASEAN-Gipfels wurde erneut verschoben. Da einige Teilnehmer zu dieser Zeit mit Wahlen oder Staatsbesuchen beschäftigt seien, werde das Treffen erst im Oktober 2009 stattfinden, verkündete der thailändische Außenminister Kasit Piromya am 13. Mai 2009.

vgl.: DW-world, 24.4.2009; Bangkok

Post, 13.5.2009

nachrichten

Gemeinsamer Klimaschutz

Am 25. Februar 2009 hat die Umsetzung der deutschen Klimainitiative in Thailand begonnen. Mit der dreijährigen Initiative stellt die Bundesregierung eine Summe von fast neun Millionen Euro aus Geldern aus dem Emissionshandel zur Verfügung, um Thailands Maßnahmen gegen Klimawandel und Erderwärmung durch den Ausbau institutioneller und personeller Kapazitäten zu unterstützen. Vier der insgesamt sechs Projekte der Initiative führt die *Deutsche Gesellschaft*

für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gemeinsam mit thailändischen Partnern durch: Je ein Klima- und Energieeffizienz-Projekt, ein Projekt zu umweltfreundlichem Tourismus sowie zur nachhaltigen Produktion von Palmöl als Biokraftstoff. Weitere Projekte sind die Reduktion von Emissionen bei der Hotelwirtschaft auf der Insel Ko Khao und Solar-Biomasse-Heizkraft. Suwit Khunkitti, Minister für natürliche Ressourcen und Umwelt, betonte, dass öffentliche und private

Akteure eine gemeinsame Bewegung gegen den Klimawandel ins Rollen bringen müssten.

Bereits im vergangenen Jahr startete in Thailand eine fünfjährige Klimawandel-Strategie, die unter anderem Anpassungsmaßnahmen, Treibhausgas-Reduktion, Forschung und Entwicklung, Öffentlichkeitsbeteiligung und die Förderung internationaler Zusammenarbeit beinhaltet.

vgl.: www.bangkok.diplo.de, April 2009

Milliarden für den Süden

Um in den krisengeschüttelten Regionen im Süden des Landes ein Ende der Gewalt einzuleiten, investiert die thailändische Regierung insgesamt mehr als 50 Mrd. Baht (mehr als eine Mrd. €) in den Ausbau der Infrastruktur und die Verbesserung des Lebensstandards der ansässigen Bevölkerung. Bei einem Besuch in der Provinz Songkhla verkündete der stellvertretende Innenminister Thaworn Senneam, dass ein Sonderkomitee mit der Ankurbelung der Wirtschaft in den südlichen vier Grenzprovinzen Songkhla, Pattani, Yala und Narathiwat beauftragt wurde. Zwischen 2010 und 2012 sollen alle Dörfer in der Region 228.000 Baht (knapp 5.000 €) für die Umsetzung lokaler Entwicklungsprojekte erhalten, auf die die Regierung selbst keinen Einfluss nehmen werde. Zusätzlich sollen über 100.000 ausgewählte Haushalte in ein Selbstversorgungs-Programm aufgenommen und ihnen dafür je 6.000 Baht (rund 130 €) zur Verfügung gestellt werden.

Ein Teil der Förderung fließe in die Entwicklung des Buddhismus und des Islam, zudem sei die Einrichtung eines Gerichts für ausschließlich muslimische Kläger und Beklagte geplant. Seit dem erneuten Ausbruch der Gewalt im Frühjahr 2004 sind in den Provinzen im Süden des Landes über 3.500 Personen ums Leben gekommen.

vgl.: *TNA*, 18.4.2009

Neue Arbeitsplätze

Die thailändische Regierung plant den Start von fünf neuen Infrastruktur-Projekten zur Schaffung von 1,6 bis zwei Millionen Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre. Im Rahmen der zweiten Runde des Konjunkturprogramms sollen 800 Milliarden Baht (mehr als 17 Milliarden Euro) in Projekte zum Ausbau der Transportwege, in das Bildungswesen und zur Verdopplung der Anzahl an Wasserquellen zur Unterstützung ruraler Gebiete investiert werden. Der stellvertretende Ministerpräsident Korbak Sabhavasü erhofft sich damit eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Die Finanzierung von 400 Milliarden Baht für dringliche Projekte soll ein Exekutivbeschluss sicherstellen, während die übrigen 400 Milliar-

den erst vom Parlament bewilligt werden müssen. Die veranschlagten 800 Milliarden Baht sollen von thailändischen Finanzinstituten geliehen werden und hauptsächlich an kleinere Projekte gehen.

Thailands zweites Konjunkturprogramm beinhaltet ein Investitionsvolumen von insgesamt 1,43 Billionen Baht. Obwohl die geplanten Ausgaben die Staatsverschuldung um 60 Prozent ansteigen ließe, würde diese binnen zwei Jahren zurückgehen, da ausreichend Liquidität gewährleistet sei, so Korbak. Zur Gewährleistung von Transparenz werde die Einrichtung eines Komitees diskutiert, in dem zusammen mit Außenstehenden die Investitionen der Projekte beaufsichtigt werden sollen.

vgl.: *TNA*, 12.5.2009

Verhaltensunterricht für homosexuelle Mönche

Nach zahlreichen Nachrichten über homosexuelle Novizen, die auch in ihrer Ausbildungszeit an gezupften Augenbrauen und exzessivem Hüftschwung festhalten, greifen ranghöhere Mönche eines Klosters in der Provinz Chiang Rai nun zu Gegenmaßnahmen: Da der Ruf des konservativen buddhistischen Glaubens durch die Handtaschen und Lippenstift tragenden Jungmönche auf dem Spiel stünde, müssen ab Juni 2009 nun erstmals 120 Novizen zum Etikettenunterricht antre-

ten. Phra Vudhijaya Vajiramedhi, Leiter des ersten Verhaltenskurses, will seine Zöglinge auf diese Weise daran gewöhnen, wie sie sich als Repräsentanten des Buddhismus korrekt zu verhalten, zu sprechen und zu kleiden haben, um den Respekt der Leute ihnen gegenüber wiederherzustellen. Für die Zukunft plane er, den Kurs auch an anderen Tempeln und religiösen Schulen einzuführen.

vgl.: *China Daily*, 1.5.2009